

Antrag

der Abgeordneten Martin Reichardt, Dr. Christina Baum, Marc Bernhard, Dr. Michael Kaufmann, Jörn König, Edgar Naujok, Bernd Schattner, Jan Wenzel Schmidt und der Fraktion der AfD

Einsatz für eine familienfreundliche Gesellschaft – Abschaffung des Amtes des Queer-Beauftragten der Bundesregierung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Eine Gesellschaft ohne Kinder, ist eine Gesellschaft ohne Zukunft. Ein Gemeinwesen, welches Kinder begrüßt und eine kinderfreundliche Umwelt schafft, sichert die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft.

Die gegenwärtige demographische Entwicklung erfordert eine drastische familienpolitische Wende, um nicht in einer Katastrophe zu enden. Neben der finanziellen Benachteiligung von Familien und damit von Kindern, besteht in Deutschland keine positive Einstellung zum Kind. Allein mit der finanziellen Entlastung von Eltern, ist noch keine Wende erreicht. Es muss ein gesellschaftliches Klima geschaffen werden, in dem Kinder willkommen und selbstverständlich sind. Nur in einer kinderfreundlichen Gesellschaft können Kinder zahlreich und gesund aufwachsen sowie ihre Potentiale frei entfalten.

Gegenwärtig werden Familien gegenüber Kinderlosen diskriminiert. Viele Kinder wachsen in Armut auf. Der gesundheitliche Zustand von Kindern ist nicht optimal. Viele Kinder ernähren sich schlecht, bewegen sich zu wenig, sind übergewichtig und leider immer häufiger an psychischen Problemen.

Alle Verantwortlichen in Bund, Ländern und Gemeinden sowie in der Wirtschaft und den Verbänden – letztendlich jeder einzelne Bürger – müssen davon überzeugt werden, an der Herstellung eines familien- und kinderfreundlichen Deutschlands mitzuwirken.

Das derzeitige Familienministerium hingegen betreibt prioritär eine Politik, die in weiten Teilen der Gender-Ideologie folgt. Die Schaffung des Amtes des Queer-Beauftragten untermauert dieses Bestreben und leistet keinen Beitrag zur Schaffung einer familienfreundlichen Gesellschaft.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. das Amt des Beauftragten der Bundesregierung für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt (Queer-Beauftragter) abzuschaffen;

2. einen Nationalen Aktionsplan für eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft zu erstellen und umzusetzen sowie mit der Öffentlichkeit zu kommunizieren. Folgende Handlungsfelder soll der Nationale Aktionsplan beinhalten:
 - a. Recht: Überprüfung aller Gesetze auf Familienfreundlichkeit;
 - b. Wirtschaft: Erarbeitung aller Möglichkeiten, die es gibt, um Familien wirtschaftlich zu entlasten und Familiengerechtigkeit zu schaffen, wie etwa die Einführung eines Familiensplitting, Mehrwertsteuersenkung auf Artikel und Dienstleistungen des Kinderbedarfs, Anerkennung von Erziehungszeiten für die Rente in vollem Umfange, Wahlfreiheit für Eltern ermöglichen, über die Art der Erziehung und Betreuung zu entscheiden und einen konkreten Zeitplan für deren Umsetzung;
 - c. Kultur: Kampagne für ein positives traditionelles Familienbild. Die Vorteile, früh eine Familie zu gründen, sollen hervorgehoben und einer Diskriminierung von kinderreichen Familien entgegengewirkt werden;
 - d. Gesundheit: Förderung gesunder Lebensstile durch Kampagnen und Aktionen; zielgruppenorientierte Suchtprävention für legale und illegale Drogen; Verbesserung der medizinischen Versorgung von Kindern;
 - e. Gemeinschaft: Länder, Kommunen und Verbände anregen, sich an der Umsetzung des Nationalen Aktionsplanes zu beteiligen; Einrichtung integrierter kinder- und familienbezogener Angebote; generationsübergreifende Konzepte entwickeln; Konzeption neuer Familienbildungs- und Beratungsangebote auf kommunaler Ebene.

Berlin, den 11. November 2024

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Das deutsche Volk – Souverän der Bundesrepublik Deutschland – steht vor dem Aussterben, damit ist Deutschlands Zukunft existentiell bedroht. Im Jahr 2022 betrug die Geburtenrate 1,46 Kinder je Frau. Die Mütter waren im Durchschnitt bei der Geburt ihres ersten Kindes 30,4 Jahre alt.¹ Im Jahr 2023 sank die Geburtenrate weiter auf 1,36 Kinder je Frau.²

Im Jahr 2022 waren 20 % der Frauen, die zwischen 1973 und 1977 geboren wurden, kinderlos. Von den Jahrgängen zwischen 1938 und 1940 blieben nur 11 % kinderlos. Bildungsstarke Frauen, der Jahrgänge 1973 bis 1977, sind überdurchschnittlich kinderlos, hier beträgt die Kinderlosenquote 23 %, bei bildungsschwachen Frauen hingegen nur 11 %. Diese Zahlen sind beinahe deckungsgleich, wenn es um den Vergleich zwischen Frauen geht, die in Deutschland geboren wurde und welchen, die ab 15 Jahren zugewandert sind. Bei ersteren beträgt die Kinderlosenquote 22 %, bei Letzteren 12 %. Werden bei letzterer Gruppe nur die bildungsschwachen betrachtet, ergibt sich eine niedrige Quote von 8 %. Werden bei der ersten Gruppe hingegen nur die bildungsstarken betrachtet, ergibt sich eine hohe Kinderlosenquote von 24 %, d. h. jede vierte in Deutschland geborene Frau, die über eine hohe Bildung verfügt und zwischen 1973 und 1977 geboren wurde, blieb kinderlos.³

¹ www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Geburten/_inhalt.html#234044

² www.bib.bund.de/DE/Presse/Mitteilungen/2024/2024-03-20-Geburtenrate-faellt-auf-den-tiefsten-Stand-seit-2009.html

³ www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/06/PD23_226_12.html

Im Jahr 2015 erreichte Deutschland seinen historischen Tiefstand mit einem Kinderanteil (0 bis 13 Jahre) von gerade einmal 12,2 %; auch 2022 liegt der Kinderanteil mit 13 % nur geringfügig höher.⁴ Jede zweite Person in Deutschland ist älter als 45 Jahre und jede fünfte sogar älter als 66 Jahre.⁵

Allein in den letzten 30 Jahren sind über 9 Millionen Menschen nach Deutschland eingewandert. Im Jahr 2021 hatten in Deutschland 22,3 Millionen einen Migrationshintergrund, d. h. rund jeder vierte Mensch in Deutschland ist ohne deutsche Staatsangehörigkeit auf die Welt gekommen oder stammt von mindestens einen Elternteil ab, welches ohne deutsche Staatsangehörigkeit auf die Welt gekommen ist, davon sind über die Hälfte (53 %) deutsche Staatsangehörige. Die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund hat ein Durchschnittsalter von 47 Jahren, die ohne hingegen nur von 36 Jahren. 40 % aller Kinder bis einschließlich zehn Jahren haben einen Migrationshintergrund.⁶ Im Jahr 2023 gab es in Deutschland 693.000 Lebendgeborene⁷, gleichzeitig sind 1.020.907 Menschen verstorben.⁸ Schon seit 1972 sterben in Deutschland mehr Menschen als neue geboren werden. Dieser Trend wird sich voraussichtlich in den nächsten Jahren verschärfen.⁹ Alle genannten Zahlen lassen nur eine Schlussfolgerung zu, die autochthone Bevölkerung ist am Aussterben.

Die wenigen Kinder, die es gibt, sind überproportional von Armut betroffen. Jedes fünfte Kind in Deutschland wächst in Familien auf, die weniger als 60 % des mittleren Einkommens zur Verfügung hat. Familien mit mehr als zwei Kindern sind besonders armutsgefährdet.

Die etablierte Politik möchte Kinderarmut bekämpfen, indem sie beide Elternteile in Arbeit bringt und tatsächlich ist das Armutsrisiko bei Kindern am niedrigsten, wenn beide Elternteile arbeiten. Dies verdeutlicht aber nur, dass aufgrund der heutigen Politik ein Gehalt nicht mehr ausreicht. Diese Doppelbelastung missachtet den Erziehungsauftrag der Eltern und untergräbt den Wert der Familie, die unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes steht. Es wird zudem übersehen, dass die Kinderarmut seit den 1960er Jahren stark gestiegen ist, obwohl immer weniger Kinder versorgt werden und immer mehr Mütter berufstätig sind.

Hauptproblem unseres gegenwärtigen Systems ist die Kollektivierung der Sozialversicherungskosten, während die Kosten für Kinder privatisiert sind. Kinderlosigkeit wird somit ökonomisch belohnt, Eltern hingegen doppelt belastet. Sie leisten den generativen Beitrag, der das Sozialversicherungssystem am Leben hält, gleichzeitig zahlen sie selbst in die Sozialversicherungssysteme ein¹⁰. Dieser Strukturfehler im deutschen Sozialsystem begünstigt Kinderarmut im doppelten Sinne, es entscheiden sich weniger Erwachsene für Kinder und die Kinder, die geboren werden, sind oft von Armut betroffen.

Gerne wird als Gegenargument auf die hohen Ausgaben der Bundesregierung für familienpolitische Leistungen hingewiesen, doch diese sind eine Mogelpackung, denn diese steuerfinanzierten Leistungen werden von den Familien selbst durch Einkommens- und Verbrauchssteuern mitfinanziert. Anders als Kinderlose, müssen Eltern zusätzlich für die Kinderausgaben Mehrwertsteuern zahlen. Knapp zur Hälfte finanziert sich der Staat aus Verbrauchssteuern. Es wird zudem geschätzt, dass Familien im Durchschnitt die familienpolitischen Leistungen in etwa zur Hälfte selbst finanzieren.¹¹

Das Bundesverfassungsgericht hat 2001 bezüglich der Pflegeversicherung festgestellt, dass die Gleichbehandlung von Eltern und Kinderlosen verfassungswidrig ist. Eine Übertragung der Feststellung auf die Renten- und Krankenversicherung wurde jedoch abgewiesen.¹²

Der gesundheitliche Zustand von Deutschlands Jugend ist problematisch. Die meisten Kinder und Jugendliche ernähren sich schlecht. Seit Jahren ist die Anzahl der übergewichtigen Kinder und Jugendlichen auf hohem Niveau stabil. 15 % der Kinder zwischen drei und 17 Jahren sind übergewichtig, davon 6 % sogar adipös. Die Werbeindustrie spielt hierbei auch eine unrühmliche Rolle. Die Lebensmittelindustrie hat die an Kinder gerichtete Werbeintensität im TV innerhalb von 14 Jahren um knapp 30 % erhöht. Die politisch initiierte freiwillige Reduktion von Zucker, ungünstigen Fetten und Salzen in verarbeiteten Lebensmitteln, hat zu keiner Verbesse-

⁴ www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/Zahl-der-Woche/2023/PD23_22_p002.html

⁵ www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Demografischer-Wandel/_inhalt.html

⁶ www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Demografischer-Wandel/_inhalt.html#120366

⁷ www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Geburten/geburten-aktuell.html?nn=208824

⁸ www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/01/PD24_011_126.html

⁹ www.demografie-portal.de/DE/Fakten/natuerliche-bevoelkerungsentwicklung.html

¹⁰ www.bpb.de/themen/familie/familienpolitik/260000/kinder-und-armut-was-macht-familien-arm/

¹¹ www.bpb.de/themen/familie/familienpolitik/260000/kinder-und-armut-was-macht-familien-arm/

¹² www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2022/bvg22-046.html

rung von Kinderprodukten geführt. Hier wäre eine gesetzliche Regulation vonnöten – auch für die an Kinder gerichtete Werbung. Problematisch ist ernährungstechnisch betrachtet auch der Ausbau der Ganztagschulen zu sehen und die zunehmende Vollbeschäftigung beider Elternteile. Die Kinder kommen somit weniger in den Genuss von selbstzubereiteten Mittagsspeisen und sind zunehmend abhängig vom Angebot der Schule. DGE-Standards und Qualitätskontrollen finden nur in wenigen Bundesländern Anwendung.¹³

70 %

gungsmangel ist im starken Rückgang der nichtorganisierten Sport- und Bewegungsaktivitäten zu suchen. Hier muss angesetzt werden. Die räumliche und soziale Umwelt muss bewegungsanregend gestaltet werden. In politischen Entscheidungen muss dies querschnittlich berücksichtigt werden (z. B. Stadt- und Verkehrsplanung, Schulentwicklung, Maßnahmen zur Familienförderung).¹⁴

Im Jahr 2021 waren mit knapp 20 % psychische Erkrankungen und Verhaltensstörungen bei Kindern zwischen zehn und 17 Jahren die häufigste Ursache für eine stationäre Krankenhausbehandlung (2011 waren es 13 %). Die häufigste psychische Erkrankung waren Depressionen.¹⁵ Laut einer Debra-Studie rauchten 2021 knapp 16 % der Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren regelmäßig Tabak. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Anzahl fast verdoppelt. Auch der Konsum von E-Zigaretten stieg von 0,5 % auf 2,5 %¹⁶.

Der Alkoholkonsum ist seit 40 Jahren stark rückläufig, dennoch tranken 2021 immer noch knapp 9 % Jugendlichen zwischen zwölf und 17 Jahren mindestens einmal in der Woche Alkohol¹⁷. Etwa 10 % der Jugendlichen zwischen zwölf und 17 Jahren hat 2019 bereits illegale Drogen konsumiert¹⁸.

All die genannten Zahlen fallen bei Kindern aus Familien mit niedrigen ökonomischen Status drastischer aus. Armutsgefährdete Kinder sind bereits im Mutterleib häufiger dem Passivrauchen ausgesetzt, sie werden weniger gestillt, ernähren sich schlechter, bewegen sich weniger, sind häufiger adipös, leiden häufiger an psychischen Auffälligkeiten als Kinder aus Familien mit mittlerem und hohem ökonomischem Status.¹⁹

Die Corona-Zeit hat gezeigt, wie wichtig starke und unabhängige Familien sind. Der COPSY-Studie lässt sich entnehmen, dass die Lebensqualität der Kinder während der Zeit der Corona-Maßnahmen gesunken ist und gleichzeitig psychische und psychosomatische Beschwerden zugenommen haben. Gleichzeitig wurde deutlich, dass ein guter familiärer Zusammenhalt die Belastungen abmildern konnte. Insgesamt hat sich während jener Zeit auch die Ernährung und somit der Gesundheitszustand verschlechtert, in Familien, in denen die Eltern die Möglichkeit hatten von zu Hause aus zu arbeiten verbesserte sich jedoch die Ernährung, indem mehr Obst und Gemüse und weniger Fleischprodukte konsumiert wurden, da die Eltern nun die Möglichkeit hatten, selbst Mahlzeiten zuzubereiten.

Auch im medizinischen Bereich zeigt sich, dass Kinder in Deutschland keinen hohen Stellenwert haben. Manche Bereiche in der Kinder- und Jugendheilkunde können nur durch Spenden und Drittmittel gewährleistet werden. So müssen viele Kinderkliniken Gelder für Forschung und Lehre illegal zweckentfremden für den Ausgleich von Defiziten in der Krankenversorgung. In einem hochentwickelten Land wie Deutschland mit einem modernen Gesundheitssystem, werden kranke Kinder nicht so umfassend und qualitativ hochwertig behandelt

Mit dem Amt des Queer-Beauftragten lässt sich die zuvor beschriebene familienpolitische Problemlage nicht beheben. Im Gegenteil zeigt die Bundesregierung hiermit ihre falschen Prioritäten. Biologische Tatsachen werden zunehmend geleugnet. Vor allem in der Person Sven Lehmanns, dem derzeit amtierenden Queer-B

ten, zeigt sich eine besorgniserregende Realitätsverweigerung. So wurden biologische Tatsachen von ihm als

¹³ Stiftung Kindergesundheit (2022). Ernährung und Übergewicht. In Stiftung Kindergesundheit (Hrsg.), Kindergesundheitsbericht der Stiftung Kindergesundheit 2022 (S. 72-81). Newprint blue GmbH, Berlin.

¹⁴ Beck, F., Marzi, I., Tristram, C., Demetriou, Y. & Reimers, A. K. (2022). Bewegungsaktivität und Bewegungsmangel. In Stiftung Kindergesundheit (Hrsg.), Kindergesundheitsbericht der Stiftung Kindergesundheit 2022 (S. 82-89). Newprint blue GmbH, Berlin.

¹⁵ www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/07/PD23_N042_231.html

¹⁶ www.debra-study.info/wp-content/uploads/2022/12/Factsheet-09-v3.pdf

¹⁷ www.tagesschau.de/inland/alkoholkonsum-jugendliche-101.html

¹⁸ Orth, B. & Merkel, C. (2020). Die Drogenaffinität Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland 2019. Rauchen, Alkoholkonsum und Konsum illegaler Drogen: aktuelle Verbreitung und Trends. BzgA-Forschungsbericht. Köln: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung; S. 9.

¹⁹ Philippi, A. (2022). Sozioökonomischer Status und Kindergesundheit. In Stiftung Kindergesundheit (Hrsg.), Kindergesundheitsbericht der Stiftung Kindergesundheit 2022 (S. 60-71). Newprint blue GmbH, Berlin.

„quasi-kreationistisches Erzeugnis“ disqualifiziert; jegliche Kritik an der Gender-Ideologie als „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ eingestuft.²⁰

²⁰ <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article239209511/Transfeindlichkeit-ist-keine-Meinung-sondern-Menschenfeindlichkeit.html>

